Abend-Ausgabe.

Das **„Berliner Tageblatt"** erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe, und des Montags, an dem es nur in einer Abendausgabe ausgegeben wird. Es ist durch die Expedition Jerusalemerstr. 48, Filiale Friedrichstadt: Friedrichstr. 66, Filiale Königstadt: Königstr. 50, Filiale Louisenstadt: Prinzenstr. 41, sowie durch alle Zeitungs-Spediteure und Postanstalten des Reiches zu beziehen. — Redaktion: Jerusalemerstr. 48.

Der Abonnements-Preis
beträgt mit dem illustr. Witzblatt „Ulk", der „Deutschen Lesehalle" u. den „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau u. Hauswirthschaft" vierteljährl. 5 M. 25 Pf. incl. Botenlohn, monatl. 1 M. 75 Pf. (bei spar. Zustellung des Abendblatt 25 Pf. Extra-Bestellgebühr pro Monat); durch die Post bezogen 5 M. 25 Pf. pro Quartal. — Inserate, 5 Zeile 50 Pf. (Berliner „Stadt-Anzeiger" 30 Pf.), werden in der Expedition Jerusalemerstr. 48, sowie deren Filialen: Friedrichstr. 66, Königstr. 50, Prinzenstr. 41 angenommen.

Berliner Tageblatt.

Nr. 520. Berlin, Sonnabend, den 5. November 1881. X. Jahrgang.

Politische Tagesübersicht.

Berlin, 5. November.

Die Wahlen der Hansestädte.

Nächst den Berliner Wahlen verdienen offenbar diejenigen in den Hansestädten die größte Beachtung. Die liberalen Wähler Hamburgs und Bremens haben ihrer politischen Ueberzeugung unter viel schwierigeren Verhältnissen Ausdruck gegeben, als dies selbst der starken antiliberalen Agitation gegenüber in Berlin der Fall war. Die Berliner haben im Wahlkampfe mancherlei Unangenehmes und Böses für die Geltendmachung ihrer Ueberzeugung in den Kauf nehmen müssen, aber ihre materielle Existenz blieb von dem Wahlkampfe völlig unberührt in dem Sinne, daß eine oppositionelle Wahl ihnen spezielle materielle Nachtheile, von denen alle übrigen Bürger des Reiches verschont geblieben wären, nicht hat bringen können. Denn die Drohung von der Defapitalisirung des oppositionellen Berlin hat Niemand ernst genommen.

Unsere liberalen Freunde in den Hansestädten waren in einer weitaus ungünstigeren Lage. Sie haben ihre politische Ueberzeugung unter dem Damoklesschwert der schwebenden Zollanschlußverhandlungen zur Geltung gebracht. Der Zollanschluß Hamburgs ist zwar eine fest beschlossene Sache, an dieser ist nichts mehr zu ändern, aber die Kosten, welche das Reich für die in Hamburg durch den Zollanschluß nöthig werdenden Bauten vertragsmäßig zu bezahlen hat, sind noch nicht dorthin abgeführt. Es ist zwar eine Maximalsumme von vierzig Millionen stipulirt, aber innerhalb dieser Grenze steht es in dem Ermessen der Reichsregierung, mehr oder minder zu bewilligen, je nachdem sie den einen oder anderen Bau in größerer oder geringerer Ausdehnung, in besserer oder schlechterer Qualität für nothwendig erachtet. Man erinnert sich noch recht gut der publizirten Briefe, welche zur Zeit der Hamburgischen Zollanschlußverhandlungen Fürst Bismarck mit dem hanseatischen Ministerresidenten wechselte und in welchen deutlich zu lesen stand, daß das Entgegenkommen der Reichsregierung in dem Geldpunkte in dem Maße ein größeres sein werde, als der Hamburgische Senat sich bemühen werde, diese wirthschaftspolitische Frage dem Getriebe der politischen Parteien zu entziehen. Es wurde allgemein diese Aeußerung dahin aufgefaßt, daß in gewissem Sinne eine hohe Prämie auf konservative Wahlen in Hamburg gesetzt werde. Die Hamburger Wähler haben sich durch derartige Taktik nicht einschüchtern lassen. Selbst auf die Gefahr hin, durch eine entschieden liberale Wahl das Wohlwollen der zeitigen Reichsregierung für ihre Vaterstadt zu verscherzen, selbst auf die Gefahr hin, schwere Opfer der eigenen Tasche aufzuerlegen, haben sie als freie Bürger offen Farbe bekannt ohne Furcht vor den Mächtigen dieser Zeit. Das ist der ideale Kern des Liberalismus, daß er seine Anhänger alle Drangsal geduldig ertragen läßt, wenn sie nur der Freiheit und dem Wohle ihrer Mitbürger einen Dienst leisten können.

In einer noch viel schwierigeren Lage als Hamburg befand sich Bremen. Hamburg hat wenigstens seinen Vertrag in der Tasche, der mehr oder minder entgegenkommend doch erfüllt werden muß, Bremen steht erst im Beginn der Anschlußverhandlungen, es muß um das Maß der reichskanzlerischen Konzessionen erst noch ringen. In Hamburg standen nicht so, wie in Bremen, die Intimen des Kanzlers dem liberalen Kandidaten gegenüber, der händegedrückte Mosle und Herr v. Kusserow. Doch auch hier siegte der freie Bürgersinn über kleinliche Krämerrücksichten. Die stolzen Hanseaten wollten ihre auf Ueberzeugung beruhende politische Meinung nicht verbergen, um den Reichskanzler bei guter Laune zu erhalten.

Die Folgen ihres Thuns lassen denn auch nicht lange auf sich warten. Bereits gehen durch die gesammte Presse Nachrichten, welche zeigen, daß man an maßgebender Stelle die freien Städte mit einer schwarzen Note bedacht hat. Die Bestrebungen der Hamburger Bundesbevollmächtigten, das Parlament mit zu der Erfüllung des Zollanschlußvertrages heranzuziehen, um auf diese Weise nicht dem Gutbefinden des Reichskanzlers allein und des vollständig unter dessen Einflusse stehenden Bundesraths preisgegeben zu sein, sollen eine energische Zurückweisung seitens der Reichsregierung erfahren haben. Man hätte an der bisherigen parlamentarischen Behandlung dieser Frage genug, hat man ihnen erklärt, man werde das ferner nicht mehr dulden. Die Liberalen des Reichstages werden aber trotzdem die Pflicht haben, bei der Debatte über die Bewilligung der vierzig Millionen in der nächsten Reichstagssession energisch dafür einzutreten, daß der Reichstag auch zur Mitwirkung bei der Verwendung des Geldes herangezogen werde als wohlthätige Schranke für eine mißbräuchliche Anwendung der diskretionären Gewalt des Bundesraths bei der Bestimmung des Maßes des Nothwendigen. Der Reichstag muß seine Mitwirkung als conditio sine qua non für die Bewilligung hinstellen. Das sind wir den hanseatischen Liberalen schuldig.

Auch Bremen ist bereits in Ungnade gefallen. In den Anschluß-Verhandlungen zeigen die Kommissare der Reichsregierung größeren Eifer und weniger Entgegenkommen. Die offiziöse Presse legt bereits dar, daß der liberale Senator Dr. Gröning, der nicht für Herrn v. Kusserow agitiren wollte, unfähig sei, die Sicherheitspolizei der Hafenstadt zu leiten und droht sogar mit Reichsintervention. Mögen die freisinnigen Seestädte immerhin diese kleinen Nadelstiche ertragen, dieselben sind nicht von Dauer, denn schließlich siegt die gute Sache und ihre Verfechter finden den verdienten Lohn.

---

* Der Stichwahlkampf hat begonnen und gleich der erste Tag brachte den Liberalen zwei Wahlsiege. Karlsruhe, das mit Ausnahme der kurzen Legislaturperiode von 1877 nur konservativ im Reichstage vertreten war, ist den Nationalliberalen, Elberfeld-Barmen, der alte Wahlkreis Hasselmanns, der Fortschrittspartei gewonnen. Im ersteren Falle ist es die Volkspartei, welche der liberalen Sache zum Siege verholfen, indem sie auf den nationalliberalen Kandidaten Schneider ihre Stimmen bei der Stichwahl vereinigten. Im ersten Wahlgange hatte dieselbe eine eigene Kandidatur, die des Herrn v. Ehrenberg, gestellt. Wer aber hat in Elberfeld-Barmen dem fortschrittlichen Kandidaten Reinhold Schmidt den Sieg über den Sozialdemokraten Oppenheimer verschafft? Es lagen in den letzten Tagen vor der Stichwahl mehrfach Aeußerungen der einzelnen Parteien darüber vor, welche Stellung sie am 4. November einzunehmen hätten. Nationalliberale und Freikonservative erklärten sich unumwunden für die Kandidatur Schmidt und wollten unter keinen Umständen dem Sozialisten Oppenheimer ihre Stimme geben. Doch hätte das Kontingent, welches sie stellte, keineswegs ausgereicht, um dem Fortschritt den Sieg zu sichern. Ihr Kandidat Herr Hobrecht hatte im ersten Wahlgange nur 1738 Stimmen erhalten. Es handelt sich aber gegenüber Oppenheimer mit 7955 und Schmidt mit 7444 Stimmen. Dazwischen lagen die Ziffern von 5463 Stimmen, welche Herr Prof. Adolph Wagner als sozialistisch-konservativer Kandidat, und 3121 Stimmen, welche Herr v. Schorlemer-Alst als Kandidat des Centrums erhalten hatte. Nun gab das Centrum in letzter Stunde die Parole aus, für Schmidt zu stimmen. Nach dem ersten Wahlausfall zu urtheilen, hätte demnach Schmidt 12,298 Stimmen erhalten können. Ihm standen jedoch noch entgegen die sozialkonservativen und die sozialdemokratischen Wähler mit in Summa 13,418 Stimmen. Schmidt hätte demnach auch mit Hilfe der Liberalen, Freikonservativen und des Centrums den Sieg nicht erringen können, wären nicht auch ein Theil der erstgenannten Anhänger Wagners auf ihn übergegangen. Dieses scheint geschehen zu sein, falls das Ergebniß nicht auf erhöhte Wahlbetheiligung zurückzuführen ist, denn Schmidt hat 13,121, Oppenheimer 12,172 Stimmen bei der Stichwahl erhalten. Das Gros aber der Freunde des Prof. Wagner hat für die Sozialdemokratie gestimmt.

* * *

Zeitz, 4. November. Der Kandidat der nationalliberalen Partei und bisherige Reichstagsabgeordnete Herr Graf von Flemming-Crossen ist von der Stichwahl zurückgetreten und hat folgende Erklärung erlassen:

Crossen, 2. November 1881.

Nachdem die Wahlen am 27. v. Mts. ergeben, daß sich nicht mehr die Majorität der liberalen Stimmen auf mich vereinigt hat, ziehe ich hierdurch meine Kandidatur für die Reichstagswahl zurück und spreche Allen denen, welche mir durch ihre Stimme noch einmal ihr Vertrauen geschenkt haben, meinen besten und verbindlichsten Dank aus.

Lediglich um den Wahlkreis der liberalen Partei zu erhalten, habe ich mich vor drei Jahren, gedrängt ebenso von den entschiedensten wie von den gemäßigten Liberalen unseres Wahlkreises, zur Annahme eines Mandats bereit finden lassen. Ich bin mir bewußt, der liberalen Sache stets die Treue bewahrt und das, was ich versprochen, redlich gehalten zu haben. Wenn jetzt meine Kandidatur von fortschrittlicher Seite aus vielfache Angriffe erfahren hat, welche selbst die Angreifenden nach Beendigung des Wahlkampfes nicht mehr aufrecht erhalten werden, so haben mich diese doch niemals veranlassen können, mit gleichen Waffen zu kämpfen und die alle Liberalen einigenden Punkte außer Acht zu lassen. Die Rücksicht auf die liberale Partei wird auch in Zukunft die stete Richtschnur für meine politische Thätigkeit bilden.

Graf von Flemming.

Die Wahl des Kandidaten der Fortschrittspartei, Herrn Rittergutsbesitzer Rohland-Eyoldshain ist somit vollständig gesichert!

* * *

Im zehnten badenschen Wahlkreis Karlsruhe-Bruchsal ergab die Stichwahl vom 4. November für den nationalliberalen Kandidaten Schneider 9613, für den konservativen Kandidaten v. Marschall 7228 Stimmen.

* * *

* Die Abgeordneten v. Saucken-Tarputschen und Eugen Richter haben sich dahin entschieden, die auf sie gefallenen Wahlen in der Provinz anzunehmen und die Berliner Mandate abzu-

---

Kleine Chronik.

*** Was doch ein schlechter Witz für schlimme Folgen haben kann! Und wie gründlich doch die Scheu unserer Männerwelt vor den wissenschaftlichen Bestrebungen der Frauen ist!

Da haben sich drei Spaßvögel unserer jeunesse dorée den Scherz gemacht, eine junge Dame ihrer Bekanntschaft mit räthselhaften Postsendungen zu necken, die sie mit Hilfe auswärtiger Freunde an die Adresse des Opfers ihrer an und für sich ja recht harmlosen Intrigue richteten. Ein rekommandirter Brief aus Königsberg kommt an, wird mit einigem Erstaunen geöffnet, und was enthält er? Den Jahresbericht der ostpreußischen pomologischen Gesellschaft! Einige Tage darauf kommt ein Briefpacket aus Wien. Inhalt: eine Broschüre über die Nothwendigkeit eines Wuchergesetzes. Und so folgen sich nach mehrtägigen Pausen Postsendungen der Art aus Hamburg, Berlin, München, Basel und anderen Städten, ja eines Tages erhielt Fräulein N. sogar aus Amsterdam den in holländischer Sprache abgefaßten Jahresbericht des dortigen Kindergartenvereines.

Das wäre nun Alles nicht schlimm, dem Fräulein N. amüsiren diese räthselhaften Postsendungen, wenn sie sich auch das kleine Köpfchen darüber zerbricht, wer die Absender derselben sein mögen. Aber tiefe Ursachen haben bekanntlich oft große Wirkungen. Ein Herr meiner Bekanntschaft, welcher Fräulein N. in letzter Zeit ziemlich stark den Hof machte und die solidesten Absichten hatte, stattete neulich der Familie einen Besuch ab. Man bittet ihn, im Salon Platz zu nehmen, da die Herrschaft jeden Augenblick von einem Spaziergange zurückkehren würde. Er durchsieht die unvermeidlichen Albums auf dem Tische, dann wirft er einen neugierigen Blick in das Nebenzimmer, dessen Thüre halb offen steht. Er weiß, daß es das Zimmer seiner Angebeteten ist, und er kann der Versuchung nicht widerstehen, für einen Augenblick einzutreten. Hier wird er die Beute jener süßen Erregung, die jeden Liebenden beschleicht, der zum ersten Male das Zimmer der Geliebten betritt. „Was faßt mich für ein Wonnegrausen! — Hier möcht' ich volle Stunden säumen" — denkt er wie Faust im Stübchen seines Gretchens. Da ist ihr Schreibtisch. Hier führt sie vielleicht ihr Tagebuch! Ob auch sein Name darin steht? Er sucht nach etwas Derartigem, aber statt dessen stößt er auf einen Stoß Broschüren. Nr. 1: „Die Etiquette der französischen Regierung über die Verwünschungen der Rebläus"; Nr. 2: „Gebt es Schutzmittel gegen die Klauenseuche?"; Nr. 3: „Die Entwickelung des Zunftwesens in Deutschland"; Nr. 4: „Ueber die Nothwendigkeit einer Reform der Hilfsgenossenschaft"; Nr. 5: „Die wahren Ursachen der antisemitischen Bewegung in Deutschland"; Nr. 6: „Die Zukunft der Sekundärbahnen"; Nr. 7: „Die Nothwendigkeit der Aufhebung des Impfzwanges" u. s. w. Im Anfange schien den jungen Mann diese Musterung der Bibliothek seiner Geliebten zu amüsiren, allmählich aber drückte sich eine gewisse Verstimmung auf seinen Zügen aus, und zuletzt nahm er seinen Hut und schlich sich davon.

In dieser Woche traf ich meinen Freund bei einer Tanzunterhaltung. „Nun", fragte ich, „Sie tanzen ja fast gar nicht mit Fräulein N.?" — „Ach was", gab er mürrisch zur Antwort, „geben Sie mir mit einem jungen Mädchen, das, statt Geibel's Gedichte zu lesen, Studien über die Klauenseuche und über die Wuchergesetzgebung macht." Sprach's und verschwand im Gewühl des Tanzes.

Erst zwei Tage darauf wurde mir die ganze Geschichte klar, aber ich hatte nicht mehr Zeit, auch meinen Freund aufzuklären; er hatte mittlerweile eine Reise ins Ausland angetreten.

Ja wohl, was doch ein schlechter Witz für schlimme Folgen haben kann!

W. R.

Die Centennial-Feier in Yorktown endete nach acht Tagen des Wirrwarrs und der Confusion — wie der Newyorker Herald es bezeichnet — am 20. Oktober mit einer großen Parade der aktiven Armee und der Milizen auf Temple Farm, dem historischen Grund und Boden, auf dem sich Cornwallis ergab. Die französischen und deutschen Ehrengäste waren gleicherweise befriedigt über den Vorbeimarsch und über den esprit de corps der Truppen. Die Ehrentribüne nahmen Präsident Arthur, Staatssekretär Blaine und die Staatens ein. Der Staub war derartig, daß er Jeden mit einem grauen Mantel überdeckte. Sensation machten die Truppen von Connecticut, deren Dampfer sich verspätet hatte und die direkt von Bord in die bereits im Vorbeimarsch begriffene Paradelinie einrückten. An der Parade nahmen Truppen von New-Jersey, Pennsylvanien, Connecticut, Massachusetts, Maryland, Virginien, Newyork, Nord-Carolina, Rhode Island, Vermont, Kentucky und Michigan Theil. Der Oberkommandirende, General Hancock, mit seinem Stabe eröffnete den Vorbeimarsch, dann folgte Artillerie, Marine, Veteranen und schließlich die Infanterie. Den Beschluß des Vorbeimarsches bildete wieder Artillerie. Die Truppen waren zum Theil zu Fuß nach Yorktown gekommen und hatten theilweise riesige Märsche zurückgelegt, so Sinclates Batterie von Fort Hamilton 477 englische Meilen in 21 Tagen, Penningtons Batterie von Washington 189 Meilen in 11 Marschtagen ꝛc. — Am folgenden Tage waren die von Steuben's Gäste der Stadt Richmond. An der Landungsbrücke empfing sie Mayor Carrington mit Grußesworten, welche Oberst von Steuben erwiderte. Zu Equipagen ging es dann nach der Stadt, wo sie in das zu ihrer Aufnahme bestimmte Hotel geführt wurden. Nachmittags wurde die Stadt besichtigt. — So weit reichen von drüben die Nachrichten.

Absteigequartier unbekannt. Am 29. Oktober ist bei dem Polizeiamte Nr. . . . in Berlin W. ein Brief aufgegeben worden, welcher, wie die „Deutsche Verkehrszeitung" mittheilt, die anscheinend von Kinderhand gut geschriebene Adresse trug: „An den Weihnachtsmann Herrn Ruprecht in Knittbus". Dieser Brief ist auch nach seinem Bestimmungsort gelangt, daselbst aber als unbestellbar behandelt worden. Von dem hiesigen Briefträger Sch... ist auf der Rückseite des Briefes als Grund der Unbestellbarkeit angegeben worden: „Adressat trifft wahrscheinlich erst in 8 Wochen hier ein. Sein Absteigequartier leider unbekannt." Sch . . ., Briefträger. — Wenn man nur wenigstens den „Onkel" hätte auffinden können, den das Berliner Kind offenbar so zutraulich mit dem knechte Ruprecht verwechselt hat.

Ist Guiteau, der Mörder Garfield's, wahnsinnig? Diese Frage beschäftigt allen Ernstes in spaltenlangen Artikeln die amerikanische Presse. Man hat herausgefunden, daß der Wahnsinn in seiner Familie mehrfach vorgekommen sei, und eine medizinische Zeitschrift plaidirt für Guiteau's Wahnsinn folgendermaßen: „Es ist notorisch, daß Guiteau an Monomanie leidet. Er hat diejenige Form der Monomanie, welche von deutschen Schriftstellern als „primäre Verrücktheit" beschrieben wird, von anderen als theilweise Geistesekrankheit u. s. w. — Man ist in Amerika der Ansicht, daß ein Attentat auf den Präsidenten nur von einem Verrückten begangen werden könne.

Verhängnißvolle Renommage. Die so oft bei jungen Leuten hervortretende Sucht zu renommiren, hat in Gera kürzlich einem Schüler der Handelsschule das Leben gekostet. Nachdem er schon früher Quecksilberoxyd und Phosphor von Streichhölzchen verschluckt, ohne Schmerzen oder Beschwerden zu verspüren, wollte er nun auch zeigen, daß seiner jüdenen und kräftigen Körperkonstitution selbst der Genuß von Arsenik nichts schade. Trotz aller Warnungen nahm er eine Dosis, die aber, wie die Vorzeitung mittheilt, zu stark ausgefallen war, so daß die Anzeichen der Vergiftung bald eintraten und er trotz ärztlicher Hülfe bald darauf an Herzlähmung starb.

Ein liebenswürdiges Geschöpf muß die Wittwe Johanna Bittner aus Bucha sein, welche dieser Tage vom Glatzer Schwurgericht des wiederholten Gattenmordes für schuldig befunden und vom Gerichtshofe zur Todesstrafe verurtheilt wurde. Ihren ersten Mann vergiftete sie nach 15wöchiger, den zweiten nach 16wöchiger Ehe